



An den Grossen Rat

24.5443.03

Petitionskommission
Basel, 29. April 2026

Kommissionsbeschluss vom 11. Mai 2026

Bericht der Petitionskommission

zur Petition P485 «Fernwärme auch für Grossbasel-West»

1. Wortlaut der Petition

Anlässlich der Veranstaltung der Mitte Grossbasel-West «Gas weg - was nun, was tun?» am 13. September 2023 zeigte sich eindrücklich, dass die Situation der Liegenschaftsbesitzenden in Grossbasel West unbefriedigend ist. In grossen Teilen westlich von Steinenring und Spalenring, an der Grenze zu Binningen und Allschwil, wird keine Fernwärme eingezogen. Der genaue Plan, wo nun Fernwärme als Ersatz für das abzustellende Gas eingezogen wird, ist den Behörden bekannt.

Diejenigen, die keinen Fernwärmeanschluss angeboten erhalten, müssen sich selbst informieren, selbst Lösungen suchen und selbst zuschauen, wie sie die neue Heizenergie finanzieren können. In vielen Fällen, gerade bei den schmalen Liegenschaften im Neubad, sind keine befriedigenden Lösungen möglich. Zudem sind die längerfristigen Auswirkungen von Erdsonden und Wärmeaustauschgeräten auf die Umwelt weitgehend unklar. Fernwärme wäre also wünschenswert, weil diese zentral aufbereitet und in möglichst ökologischer Form zur Verfügung gestellt werden kann.

Auch die Finanzierung der neuen Anlagen ist ein grosses Problem für viele der Anwohnenden, nicht nur für die Hauseigentümerinnen und -eigentümer, denn die hohen Kosten müssen zwangsläufig zumindest teilweise auch an die Mietparteien weiterbelastet werden. Die Rechnung, die Hauseigentümerinnen und -eigentümer anstellen, führt in vielen Fällen dazu, dass anstelle des Anschlusses an die Fernwärme alternative Varianten gewählt werden, womit das Fernwärmenetz nicht ausreichend genutzt wird. Es muss auch diesen Anwohnenden dann, wenn ihre Anlagen der-einst ersetzt werden müssen, möglich sein, sich der Fernwärme kostengünstig anzuschliessen.

Die Unterzeichnenden fordern von der Regierung deshalb was folgt:

- Den Einzug der Fernwärme ohne Anschlusszwang westlich ab Holeestrasse, Spalenring / Steinenring bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil überall dort, wo Fernwärme nicht vorgesehen ist.
- Die Finanzierung des Anschlusses an die Fernwärme durch den Kanton.

2. Kommissionsberatung

2.1 Vorgehen

Der Grosse Rat hat die Petition P485 «Fernwärme auch für Grossbasel-West» an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2024 der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Am 31. März 2025 hörte die Kommission im Rahmen eines Hearings zwei Vertreter der Petentschaft sowie den Generalsekretär des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt an.

Mit Bericht vom 28. April 2025 hat die Kommission dem Grossen Rat den Antrag gestellt, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen. Diesem Antrag folgte der Grosse Rat mit Beschluss vom 11. Juni 2025. Am 3. Februar 2026 stellte der Regierungsrat der Petitionskommission seine Stellungnahme zu (vgl. Kapitel 4). Basierend darauf beantragt die Kommission dem Grossen Rat, die Petition als erledigt zu erklären. (vgl. Kapitel 5)

2.2 Anliegen der Petentschaft

Die beiden Vertreter der Petentschaft haben einleitend darauf hingewiesen, dass das Fernwärmenetz in Basel derzeit zwar ausgebaut wird, allerdings nicht flächendeckend. An einer Veranstaltung der Mitte Grossbasel-West im September 2023 habe sich gezeigt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Teils von Basel darüber zum einen unzufrieden, zum anderen ungenügend informiert sind. Vielen sei zwar bekannt, dass das Gasnetz bis 2037 stillgelegt wird, nicht aber, dass sie selbst nach einer neuen Lösung für das Beheizen ihrer Häuser suchen müssen, da ihnen von den IWB in Zukunft keine leitungsgebundene Wärmeversorgung mehr angeboten wird. Die Petition

fordert deshalb, dass auch Grossbasel West ab Holeestrasse, Spalenring und Steinenring bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil in das Fernwärmenetz integriert wird.

Die IWB schreiben gemäss der Vertretung der Petentschaft auf ihrer Website, sie versorgten die Stadt Basel mit einem der grössten Fernwärmenetze der Schweiz. Dies ist zwar richtig, gilt aber nur für den Grossteil von Basel. Nicht erschlossen werden neben Basel West auch das Bruderholz und Teile des St. Alban-Quartiers und von Kleinhüningen.

Die Begründungen, warum der Fernwärmeausbau nicht flächendeckend erfolgt, überzeugen die Petentschaft nicht. Es sprächen mehrere ökonomische Argumente dafür, auch Basel West zu erschliessen. Die von den IWB im Auftrag des Regierungsrats erstellte Wirtschaftlichkeitsanalyse sei intransparent. Auf welcher Basis sie erstellt worden ist, bleibe offen. Dem Regierungsrat sei bewusst gewesen, dass das ausgebaute Fernwärmenetz nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Er sei in seinem *Ratschlag betreffend Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB Industrielle Werke Basel [...]* aus dem Jahr 2020 von einer Unterdeckung von 130 Mio. Franken ausgegangen. Diese Unterdeckung werde von jenem Teil der Bevölkerung mitgetragen, der keine Möglichkeit hat, ihre Häuser an das Fernwärmenetz anzuschliessen.

Bemängelt haben die Vertreter der Petentschaft weiter, dass künftige Entwicklungen nicht in die Überlegungen zum Netzausbau eingeflossen sind. Sie gehen davon aus, dass es auch in Quartieren wie dem Neubad mit vielen Einfamilienhäusern zu einer inneren Verdichtung kommen wird. Das Argument, die Wirtschaftlichkeit sei wegen der Siedlungsstruktur nicht gegeben, sei deshalb zu hinterfragen. Aufgrund des Entscheids, einzelne Teile der Stadt Basel nicht mit Fernwärme zu versorgen, werde zudem die Möglichkeit verpasst, im Zuge von sowieso anstehenden Strassensanierungen Fernwärmeleitungen zu verlegen.

Für einen umfassenderen Ausbau des Fernwärmenetzes sprechen aus Sicht der Petentinnen und Petenten auch die hohen Ausgaben beim Einbau eines neuen Heizsystems. Vielen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern fehlten dafür die Mittel. Die Fernwärme sei zudem auch ökologischer als die noch zulässigen Alternativen. So sei die Anlieferung von Holzpellets mit Lastwagentransporten über teils grössere Distanzen verbunden, und bei der Verbrennung der Pellets entstehe Feinstaub. Ist der Platz für die Lagerung von Pellets beschränkt, seien mehrere Lieferungen pro Jahr nötig. Bei Wärmepumpen stellt der Lärm eine Umweltbelastung dar. Um Lärm zu vermeiden, werde die Innenstadt mit Fernwärme versorgt, und bei komplexen Verhältnissen werde nach individuellen Lösungen gesucht. Bei den mit Bohrungen ins Erdreich verbundenen Erdsonden seien die möglichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt nicht geklärt. Zu viele Bohrungen könnten im Widerspruch zum in Basel verfolgten Schwammstadt-Prinzip stehen.

Unter dem Strich stufen die Petentinnen und Petenten die nicht flächendeckende Versorgung mit Fernwärme als Ungleichbehandlung ein. Gemäss den IWB sei die Fernwärme ökologisch, sicher, regional und zukunftsweisend, und es handle sich um eine bequeme und sorgenfreie Lösung. Leider steht diese Lösung aber nicht allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Basel zur Verfügung. Könne ein Teil der Bevölkerung keine Fernwärme beziehen, sei dies auch nicht sozial. Bei einer Anschlusslösung wie dem Gas oder der Fernwärme haben die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer weniger Sorgen; die Heizung funktioniert. Für alle anderen Lösungen müssen sie Offerten bei privaten Heizungsfirmen einholen, sich mit der Materie befassen und je nach Voraussetzungen bei der Umstellung auf ein neues System sogar die Heizkörper ersetzen.

Schliesslich haben die beiden Vertreter der Petentschaft die Kommunikation als ungenügend bezeichnet. Sie hätten bei der Sammlung der Unterschriften für die Petition festgestellt, dass vielen Leuten zwar bekannt ist, dass das Gasnetz stillgelegt wird, nicht aber, dass es nicht überall durch das Fernwärmenetz ersetzt wird. Darüber seien die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer nicht direkt informiert worden. Auch darüber, dass mehrere Liegenschaften zu einem Nanoverbund zusammengeschlossen werden können, um die Wärme zu teilen und die Effizienz der Wärmeversorgung zu erhöhen, werde nicht informiert. Die IWB unterstützten die ausserhalb des Fernwärmegebiets wohnenden Menschen nicht, sondern verwiesen auf Privatfirmen. Für viele sei aber das Organisatorische bei der Erneuerung ihrer Lösung zur Wärmeversorgung die grösste Herausforderung.

2.3 Stellungnahme des Vertreters des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Die vom Grossen Rat am 20. Oktober 2021 mit 95:1 Stimmen beschlossene Ausdehnung des Fernwärmenetzes hatte ihren Ursprung gemäss dem Vertreter des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt in der *Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Ausbau Fern- und Nahwärme*. Mit deren Überweisung forderte der Grosse Rat den Regierungsrat auf, einen Ausbauplan für das Fernwärmenetz vorzulegen. Gemeinsame Überlegungen und Berechnungen von Kanton und IWB führten zum im *Ratschlag betreffend Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB Industrielle Werke Basel [...]* dargestellten Ausbaukonzept. Dieses sieht vor, das Fernwärmenetz in erster Priorität zu verdichten und in zweiter Priorität zu erweitern. Wirtschaftlich gesehen ist es vor allem interessant, zusätzliche Liegenschaften an ein bereits existierendes Netz anzuschliessen. Die Anschlussdichte lässt sich so ohne grössere Investitionen erhöhen; für den Mehrbedarf an Fernwärme braucht es zusätzliche Transportleitungen.

Den Ausstieg aus der Wärmeversorgung mit fossilen Energieträgern hat der Grosse Rat mit der Revision des Energiegesetzes im Jahr 2017 beschlossen. Der auf diesem Beschluss basierende Energierichtplan gibt behördenverbindlich vor, wie die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung im Kanton umzusetzen ist. Ziel ist es, die einzelnen Wärmequellen dort nutzen, wo sie zum einen verfügbar sind, und wo sie zum anderen physikalisch und wirtschaftlich bereitgestellt werden können. Bei der Anwendung dieser Grundsätze ist zu berücksichtigen, dass Fernwärme aus erneuerbaren Quellen nicht in beliebiger Menge zur Verfügung steht, und dass die Produktion von Fernwärme teuer ist und das Fernwärmenetz im Vergleich zum Gasnetz deutlich kapitalintensiver ist. Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Fernwärme müssen die Produktionskosten und die Kapitalbindung ins Verhältnis zur abgesetzten Menge gestellt werden. Im genannten Ratschlag hat der Regierungsrat festgehalten, dass der vom Grossen Rat geforderte und schliesslich auch beschlossene Ausbau des Fernwärmenetzes nicht über die vereinnahmten Tarife finanzierbar ist. Aus unternehmerischer Optik hätten die IWB den Ausbau in dieser Form also nicht vollzogen.

Die Fernwärme ist gemäss dem Vertreter des Departements eine teure Form der Wärmeversorgung. In gewissen Gebieten von Basel wären der Aufbau und Betrieb eines Fernwärmenetzes eindeutig nicht kostendeckend. Deshalb sieht der Energierichtplan dort andere Lösungen vor. Würden zusätzliche Gebiete mit wenigen Hausanschlüssen in das Netz eingebunden, müsste dies über höhere Tarife von allen Bezügerinnen und Bezüglern finanziert werden. Dies wiederum könnte zur Folge haben, dass sich mehr Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer für andere Lösungen entscheiden. Eine tiefere Anschlussdichte reduzierte die Wirtschaftlichkeit des Netzes weiter.

Das Ausbauvorhaben, dem der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrats zugestimmt hat, ist mit Investitionen in der Höhe von 460 Mio. Franken (Stand 2020) verbunden. Diese können aber nicht vollständig über die Tarife finanziert werden. Um die Deckungslücke zu schliessen, stellte der Regierungsrat dem Grossen Rat den Antrag, den IWB ein Darlehen in der Höhe von 110 Mio. Franken zu gewähren. Er begründete dies mit der in der Motion von Dominique König-Lüdin und Konsorten geforderten Beschleunigung der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Der «Business Case» geht von einer Anschlussdichte von 90% aus, was sehr ambitioniert ist. Beim Netzausbau handelt es sich um ein Programm, nicht um ein Projekt. Deshalb haben sich die damit verbundenen Ausgaben im Voraus nicht exakt beziffern lassen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Ratschlags war nicht bekannt, wann in welcher Strasse gebaut wird. Klar war aber, wie viele Leitungskilometer dazukommen. Beim Tiefbau handelt es sich um das teuerste Element des Ausbaus.

Die Dimensionierung des Ausbauperimeters ist gemäss dem Vertreter des Departements von der vorberatenden UVEK intensiv diskutiert worden. Die Kommission konnte gemäss ihrem Bericht nachvollziehen, dass aufgrund der Wirtschaftlichkeitsüberlegungen kein flächendeckendes Fernwärmenetz erstellt wird. Sie war damit einverstanden, dass sich der Ausbau am Wärmebedarf und der Wärmedichte in den Gebieten der Stadt Basel orientiert und deshalb das Neubad und das Bruderholz nicht erschlossen werden.

Dass ein nicht flächendeckendes Fernwärmenetz eine gewisse Ungleichbehandlung zur Folge hat, hat der Vertreter des Departements nicht in Abrede gestellt. Nicht richtig sei es aber, dass

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, deren Liegenschaft sich ausserhalb des Fernwärmegebiets befindet, finanziell schlechter gestellt werden. Das in der Kantonsverfassung verankerte Netto-null-Ziel bis 2037 hat zur Folge, dass ab dann nur noch Wärmeversorgungslösungen auf erneuerbarer Basis zulässig sind. Wer heute noch eine Öl- und Gasheizung im Einsatz stehen hat, muss bis 2037 in eine neue Lösung investieren. Ausserhalb des Fernwärmegebiets gibt es dafür eine Variante weniger. Grundsätzliches Ziel der Förderpolitik des Kantons ist Investitionsgleichstellung. Wer seine Liegenschaft nicht an das Fernwärmenetz anschliessen kann, soll also bei der Installation einer neuen Wärmeversorgungslösung nicht mehr bezahlen. Um beim Fernwärmenetz eine möglichst hohe Anschlussquote zu erreichen, fördert der Kanton Wärmepumpen und Holzpellet-Heizungen im Fernwärmegebiet seit Anfang 2025 nur noch halb so stark wie ausserhalb. Die fehlende Anschlusspflicht steht in einem gewissen Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit.

Potenziellen Verbesserungsbedarf hat der Vertreter des Departements aufgrund der Schilderungen der Petentschaft bei der Information und Kommunikation ausgemacht. Dass es in den Gebieten, in denen in Zukunft keine Fernwärme verfügbar ist, mehr offene Fragen gibt, ist nachvollziehbar. Die IWB bemühten sich allerdings sehr, die Leute über die Transformation der Wärmeversorgung zu informieren. Eine neutrale Beratung bekommt man bei der Energieberatung des Amts für Umwelt und Energie. Dort erfährt man auch, welche Alternativen es zu einer Gas- oder Ölheizung gibt. Für die IWB stehen die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes stellen, im Vordergrund. Dass die IWB ihre Kundschaft nicht über Wärmeversorgungslösungen beraten, die sie selbst gar nicht anbieten, dürfte nachvollziehbar sein. Die Stilllegung des Gasnetzes kündigen die IWB generell mit einem Vorlauf von acht Jahren und mit einer grundeigentümerverbindlichen Information drei Jahre im Voraus an.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Gemäss Petitionstext müssen sich Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die keinen Fernwärmeanschluss angeboten erhalten, selbst informieren, selbst Lösungen zur künftigen Wärmeversorgung ihres Hauses suchen und diese auch selbst finanzieren. Da aber in vielen Fällen gar keine befriedigenden Lösungen möglich seien, fordert die Petition vom Regierungsrat eine Erweiterung des Fernwärmegebiets «westlich ab Holeestrasse, Spalenring / Steinenring bis an die Grenze zu Binningen und Allschwil».

Die Petitionskommission stellt fest, dass die Erweiterung des Fernwärmegebiets auf einem Grossratsbeschluss aus dem Jahr 2021 basiert. Dass aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen auf einen flächendeckenden Ausbau verzichtet wird, war im Grossen Rat unbestritten. Nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen werden jene Teile der Stadt Basel, in denen die Anschlussdichte eher gering und das Nutzen-Kosten-Verhältnis deshalb vergleichsweise schlecht wäre.

Die Petitionskommission stellt fest, dass es im Fernwärmegebiet Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer gibt, die sich aus Kostenüberlegungen gegen die Fernwärme bzw. für eine andere Wärmeversorgungslösung entscheiden. Dies bestätigen auch die Petentinnen und Petenten mit der Feststellung im Petitionstext, dass deshalb «das Fernwärmenetz nicht ausreichend genutzt wird». Ausserhalb des Fernwärmegebiets dürfte die Zahl der seit dem Beschluss des Grossen Rats umgesetzten alternativen Wärmeversorgungslösung allerdings noch höher sein. Im Falle eines nachträglichen Entscheids, die Fernwärme auch dort auszurollen, wäre die vom Regierungsrat angestrebte Anschlussdichte von 90% deshalb völlig unrealistisch. Ein weiterer Netzausbau – zumal in Gebieten mit unterdurchschnittlich vielen Anschlüssen – würde die Rentabilität des Gesamtnetzes massgeblich verschlechtern.

Unklar ist zudem, ob die bei einer höheren Nachfrage nach Fernwärme benötigte Menge an dekarbonisierter Wärme überhaupt produziert werden könnte. Um die Fernwärme zu 100% erneuerbar zu machen, sind bereits für den beschlossenen Ausbau grössere Investitionen nötig. Heute wird gemäss dem Vertreter der Verwaltung in der KVA, im Holzkraftwerk neben der KVA, in der ARA-Basel und im von Gas auf Holz umgerüsteten Heizkraftwerk am Bahnhof Basel SBB Fernwärme auf erneuerbarer Basis produziert.

Da es sich bei der Fernwärme um keine günstige Form der Wärmeversorgung handelt, und da es zu dieser nach der Stilllegung des Gasnetzes valable Alternativen gibt, stuft die Petitionskommission die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes als nicht angebracht ein. Schreiben die Petentinnen und Petenten im Petitionstext, viele Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer entschieden sich aus Kostenüberlegungen für eine Alternative zur Fernwärme, und fordern im nächsten Satz, dass es weiteren ermöglicht werden soll, sich kostengünstig an das Fernwärmenetz anzuschliessen, ist dies widersprüchlich. Auch wer eine Liegenschaft im Fernwärmegebiet besitzt, erhält den Anschluss vom Kanton nicht geschenkt. Gemäss dem Vertreter der Verwaltung basiert die Förderpolitik des Kantons auf dem Prinzip der Investitionsgleichstellung. Es soll also finanziell nicht schlechter fahren, wer keine Möglichkeit hat, sein Haus an das Fernwärmenetz anzuschliessen. Anfang 2025 hat der Regierungsrat den Förderbeitrag für im Fernwärmegebiet realisierte alternative Lösungen sogar reduziert.

Trotz dieser Vorbehalte gegen die Hauptforderungen der Petition beantragt die Petitionskommission, die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen. Grund dafür ist ihr Eindruck, dass bei der Information und der Kommunikation Verbesserungsbedarf besteht. Dass die IWB den Fokus auf eine möglichst hohe Zahl an Fernwärmeanschlüssen und weniger auf die Wärmeversorgung ausserhalb des Fernwärmegebiets legen, ist für die Kommission verständlich. Sie kann aber auch nachvollziehen, dass sich die Bevölkerung in den Nicht-Fernwärmegebieten von den IWB und vom Kanton im Stich gelassen fühlt.

Die Petitionskommission stuft es als wichtig ein, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die ihre Wärmeversorgung umstellen müssen, vom Kanton oder den IWB proaktiv über die verfügbaren Möglichkeiten informiert und bei der Auswahl unterstützt werden. Viele sind überfordert, wenn sie sich die nötigen Informationen selbst beschaffen müssen. Propagieren die IWB innerhalb des Fernwärmegebiets den Anschluss an die Fernwärme und verweisen ausserhalb auf private Heizungsfirmen, ist dies eine Ungleichbehandlung. Das Amt für Umwelt und Energie bietet zwar eine unabhängige und professionelle Beratung zu Energiefragen und zur Wärmeversorgung an, vielen Leuten ist dies aber nicht bekannt. Der Kanton sollte deshalb verstärkt – im Sinne einer Bringschuld – auf dieses Angebot hinweisen. Die Petitionskommission bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer künftig über die Möglichkeiten zur künftigen Wärmeversorgung ihrer Liegenschaften informiert werden? Könnte der Kanton z.B. einen Leitfaden abgeben?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer über die finanzielle Förderung von neuen Wärmeversorgungs-Lösungen orientiert werden?
3. Beabsichtigt der Regierungsrat, stärker auf die Energieberatung im Amt für Umwelt und Energie hinzuweisen und diese allenfalls auszubauen?
4. Ist es für den Regierungsrat vorstellbar, das Fernwärmegebiet direkt angrenzend an erschlossene Gebiete zu erweitern, sollte aufgrund von veränderten Gegebenheiten (beispielsweise einer neuen Grossüberbauung) eine entsprechende Nachfrage bestehen?
5. Beabsichtigt der Regierungsrat, ausserhalb des Fernwärmegebiets Verbundlösungen mehrerer Liegenschaften (sogenannte Nanoverbunde) intensiver zu propagieren und zu fördern?

4. Stellungnahme des Regierungsrats

Mit Beschluss vom 3. Februar 2026 nimmt der Regierungsrat zu den Fragen der Petitionskommission wie folgt Stellung:

4.1.Information der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer

Energieberatung Amt für Umwelt und Energie

Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer können sich an die Energieberatung im Amt für Umwelt und Energie (AUE) wenden. Die kantonale Energieberatung beantwortet Fragen rund um das Thema Gebäudeenergie und steht Privatpersonen, Firmen und Bauherrschaften kostenlos zur Verfügung. Nach jedem Beratungsgespräch wird in einem kurzen Bericht festgehalten, welche Lösungen für eine Gebäudesanierung oder einen Heizungsersatz im spezifischen Gebäude sinnvoll und möglich sind. Neben Informationen zu Fördergeldern und den gesetzlichen Bestimmungen erhalten die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer auch konkrete Empfehlungen für das weitere Vorgehen.

Auf der Webseite des AUE (www.bs.ch/wsuaue/abteilung-energie/energieberatung) stehen Informationen für Wohneigentümerinnen und -eigentümer, für Unternehmen und für Mieterinnen und Mieter zur Verfügung. Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer finden Informationen zum Heizungsersatz. Dazu gehört zum Beispiel eine Schritt-für-Schritt-Anleitung. Zusätzlich gibt es eine Broschüre mit zwölf Beispielen innovativer Heizungsanlagen mit Wärmepumpen, die auch bei schwierigen Einbausituationen funktionieren. Ein Besprechungstermin im AUE kann online auf der Webseite des AUE gebucht werden. Ein Vor-Ort-Besuch wird am besten via E-Mail vereinbart. Die AUE-Webseite enthält auch ausführliche Informationen zu Förderbeiträgen. Wer lieber Unterlagen in Papierform nutzt, kann beim AUE an der Spiegelgasse 15 die 36-seitige Broschüre «Förderbeiträge Energie» beziehen. Darin sind die gesetzlichen Grundlagen, das Vorgehen, die förderfähigen Massnahmen sowie die Höhe der Beiträge übersichtlich und verständlich beschrieben.

Die Energieberatung wird bisher von zwei Mitarbeitenden durchgeführt. Im Lauf des Jahres 2026 soll eine dritte Person das Team im AUE verstärken, damit die hohe Nachfrage nach Energieberatungen im Kanton Basel-Stadt besser bewältigt werden kann. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 309 Beratungen durchgeführt.

Beratung IWB Industrielle Werke Basel mit Schwerpunkt Fernwärme und weitere Heizungsanlagen

Zum Thema Fernwärme kann bei der IWB jederzeit eine Beratung zur Fernwärme in Anspruch genommen werden. Die IWB informiert weiter auf ihrer Webseite eingehend über die Fernwärme in Basel und verbunden damit über die ebenfalls vom Grossen Rat auf 2037 für den Kanton Basel-Stadt beschlossene Gas-stilllegung (www.iwb.ch/fw-ratgeber und www.iwb.ch/aasstilllegung).

Eine erste adressengenaue Auskunft darüber, ob und wann Fernwärme ausgebaut wird oder bereits vorhanden ist und wann die Gasstilllegung erfolgt, gibt eine interaktive Karte unter www.iwb.ch/waermeloesungen. Die Angaben in der Karte geben den jeweils aktuellen Stand der Planung wieder. Dort wo keine Fernwärme hinkommen wird, zeigt die IWB mögliche Alternativen auf. Und im Fernwärmegebiet selber weist die IWB aus rechtlichen Gründen ebenfalls auf Alternativen hin. Die verbindlichen Termine teilt die IWB den Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümern und/oder der Liegenschaftsverwaltung persönlich mindestens drei, in den meisten Fällen vier Jahre vor Baubeginn bzw. einer Gasstilllegung an. Mit dieser Ansprache geht die IWB proaktiv auf die Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümern zu, damit diese ihre künftige Wärmeversorgung rechtzeitig planen können.

Im Kundenmagazin E², das vier Mal pro Jahr erscheint und an alle Liegenschaften im Kanton Basel-Stadt verteilt wird, sowie im Online-Magazin informiert die IWB ihre Kundinnen und Kunden

regelmässig über den Fernwärmeausbau, die Gasstilllegung und über alternative Heizungslösungen wie den Nanoverbund.¹

In Quartieren, in welchen der Fernwärmeausbau vorgesehen ist, ist die IWB regelmässig mit Kundenveranstaltungen präsent und versendet Informationen per Post. Über Nanoverbünde, die sich als Lösung ausserhalb des Fernwärmegebiets anbieten, informieren IWB-Expertinnen und Experten an diversen Veranstaltungen, die sich an Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer richten.²

IWB-Expertinnen und -experten nahmen zudem 54 Gesprächstermine vor Ort bei potenziellen Nanoverbunds-Kundinnen und -Kunden wahr und haben sieben Grossgruppenveranstaltung direkt mit der Anwohnerschaft in für den Nanoverbund geeigneten Quartieren organisiert.

4.2. Allfällige Erweiterung des Fernwärmegebiets

Der Regierungsrat erliess nach einer öffentlichen Vernehmlassung am 17. März 2020 den kantonalen Teilrichtplan Energie. Dieser verschafft den Überblick darüber, in welchen Gebieten welche örtlich gebundenen erneuerbaren Energieträger wie Fernwärme, Grundwasser oder Erdwärme vorzugsweise zu nutzen sind, und er dient als Entscheidungsgrundlage für Raumplanung, Projektierung von Anlagen und Fördermassnahmen. Dieser Teilrichtplan bildete die Grundlage für die nachfolgenden Schritte zur Festlegung des IWB-Fernwärme-Versorgungsgebiets.

Mit dem Ratschlag Nr. 20.1394.01 betreffend Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB Industrielle Werke Basel vom 21. Oktober 2020 wurden nicht nur die Investitionen der IWB Industrielle Werke Basel zum Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung in Basel von 460'000'000 Franken (inkl. allfällig geschuldete Mwst) und Ausgaben des Kantons von 110'000'000 Franken als bedingt rückzahlbares, zinsloses Darlehen an die IWB beantragt. Dem Grossen Rat wurde auch die Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke Basel vom 11. Februar 2009 (IWB-Gesetz, SG 772.300) vorgelegt: Die neue Bestimmung von §1 Abs. 2^{bis} IWB-Gesetz beinhaltet den Auftrag an die IWB, die Stadt Basel mit Fernwärme zu versorgen. Fernwärme wird dabei definiert als die Versorgung mit leitungsgebundener Wärme in den vom Regierungsrat gestützt auf den Energierichtplan den IWB zugewiesenen Gebieten. Im Ratschlag Nr. 20.1394.01 war mit einer Karte die vorgesehene räumliche Umsetzung der neuen IWB-Wärmeversorgung als Weiterentwicklung des Teilrichtplans Energie als Perimeter «neues» Versorgungsgebiet ausgewiesen. Diese Karte zeigt in einigen Gebieten (unter anderem in Basel West) gegenüber dem Teilrichtplan Energie des Regierungsrates vom 17. März 2020 eine Weiterentwicklung des Fernwärmegebietes (F3) und der Verbundgebiete V35 (Wärmeverbund Holee) und V37 (Wärmeverbund Im Langen Loh). Ziel dieser Weiterentwicklung waren wirtschaftliche und netzmässige Skalenvorteile.

Nach dem Beschluss des Grossen Rates vom 20. Oktober 2021 und der Inkraftsetzung der Gesetzesänderung am 13. Dezember 2021 wurde die Umsetzung des Fernwärmeausbaus in Basel

¹ Ausgabe Dezember 2025: Fragen und Antworten zur Gasstilllegung (nur Print)

Ausgabe Juni 2025: Beispiel und Informationen Nanoverbund, der sich besonders für Liegenschaften ausserhalb des Fernwärmegebietes eignet. (www.iwb.ch/klimadreh/maazain-uebersicht/gemeinsam-heizen-im-nanoverbund)

Ausgabe März 2025:

- Fernwärme für die Altstadt (www.iwb.ch/klimadreh/maazain-uebersicht/fernwaerme-in-basels-altstadt)
- Fragen und Antworten zum Heizungsersatz (www.iwb.ch/klimadreh/maazain-uebersicht/wie-weiter-mit-meiner-waermeversorauna)
- Experteninterview zu Sanierungen und Finanzierung (nur Print)

Ausgabe September 2024: Fragen und Antworten zu Fernwärmeausbau und Gasstilllegung (www.iwb.ch/klimadreh/maazain-uebersicht/die-fernwaerme-kommt-naeher)

Online-Artikel April 2024: Nanoverbund erklärt (<https://www.iwb.ch/klimadreh/magazin-uebersicht/wenn-nachbarn-einander-waerme-spenden>)

Ausgabe März 2024: Informationen zur Gasstilllegung (nur Print)

² 21.03.2024 Infoveranstaltung Wärmelösung Bevölkerung Bettingen

05.05.2025 Auftritt an Industrienacht

27.05.2025 Anwohnerinfo Riehen Liegenschaften ausserhalb Fernwärmegebiet

02.09.2025 Infobrief Nanoverbund an alle Liegenschaften (2'900 Stk.) ausserhalb Fernwärmegebiet Kanton BS)

12.11.2025 Vortrag am Energieapero beider Basel

15.01.2026 Artikel Riehener Zeitung

durch die IWB systematisch in Gang gesetzt. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrags mussten die von der IWB mit Fernwärme zu versorgende Gebiete festgelegt werden. Am 6. September 2023 beschloss der Regierungsrat über die Zuweisung der Gebiete zur Versorgung mit leitungsgebundener Wärme an die IWB gemäss § 1 Abs. 2bis IWB-Gesetz und legte damit das IWB-Fernwärme-Versorgungsgebiet fest. Dieser Zuweisungsbeschluss basiert grundsätzlich auf dem im Ratschlag Nr. 20.1394.01 ausgewiesenen und vom Grossen Rat gutgeheissenen Gebiet. Wie bereits ausgeführt, war das im Ratschlag ausgewiesene Fernwärme-Versorgungsgebiet der IWB im Bereich der Verbundentwicklungsgebiete und in einigen Gebieten, die unmittelbar an die Fernwärmegebiete gemäss des vorangehenden Teilrichtplan Energie grenzen, bereits umfassender ausgelegt. In der vom Regierungsrat am 6. September 2023 beschlossenen Zuweisung konnte das IWB-Fernwärmegebiet wegen der mittlerweile gestiegenen Planungsschärfe nochmals weiter konkretisiert werden. Einige Stadtgebiete wurden zusätzlich integriert, weil sie mit hoher Wärmedichte nahe am bestehenden Netz liegen oder sich zusammenhängender Erschliessungen erreichen lassen. Dagegen wurden kleinere Teilgebiete wieder vom Fernwärmegebiet ausgenommen, weil sich die Erschliessung nicht wie erwartet realisieren lässt, v.a. auch weil die dortigen privaten Grundeigentümer autonome Wärmeverbundlösungen planen. Damit kann eine Verbesserung der Wirksamkeit der Fernwärmeversorgung und der Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

Das vom Regierungsrat am 6. September 2023 beschlossene IWB-Fernwärmegebiet ist gemäss folgender Abbildung festgelegt und bildet die Grundlage für die IWB:



Das auf der Karte ausgewiesene IWB-Fernwärme-Versorgungsgebiet umfasst sowohl die Fernwärme als auch die Verbundentwicklungsgebiete. Eine weitere Veränderung des IWB-Fernwärme-Versorgungsgebietes ist nicht geplant.

4.3. Förderung und Verbundlösung

In der Beantwortung der Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze vom 29. November 2023 hatte der Regierungsrat festgehalten, dass Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen nicht in beliebiger Menge verfügbar und ihre Bereitstellung kostenintensiv ist. Fernwärme ist dort wirtschaftlich, wo eine hohe Energiedichte besteht. An Orten mit tieferer Energiedichte wie Z.B. im Neubadquartier oder auf dem Bruderholz wäre dies nicht der Fall. Hohe Investitionen in den Leitungsbau stünden dort geringen Einnahmen aus dem Energieverkauf gegenüber.

Die IWB versucht zusammen mit dem Kanton auch ausserhalb des Fernwärmegebietes den Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer geeignete Lösungen anzubieten, unter anderem mit einem Kleinwärmeverbund (Modell Nanoverbund, ab drei Liegenschaften). Jedoch muss bei einem Verbund - neben der technischen Möglichkeit - auch die Wirtschaftlichkeit gegeben sein,

damit sich das Projekt umsetzen lässt. In Kap. 1 sind die IWB-Informationsangebote auch zu den Nanoverbünden ausgeführt.

Ein Nanoverbund erhält kantonale Förderbeiträge, sofern er ausserhalb des Fernwärmegebietes realisiert wird: Der Grundbeitrag pro Nanoverbund-Liegenschaft beträgt 4'000 Franken. Dazu kommt ein leistungsabhängiger Zusatzbeitrag von 200 Franken pro kWth (Kilowattstunde thermisch), maximal 40 Prozent der gesamten Investitionskosten.

5. Erwägungen der Petitionskommission zur Stellungnahme des Regierungsrats vom 4. Februar 2026

Die Petitionskommission dankt dem Regierungsrat für die ausführliche Stellungnahme zu ihren Fragen betreffend «Fernwärme auch für Grossbasel-West». Sie entnimmt den Antworten, dass Bemühungen unternommen werden, um den Informations- und Kommunikationsfluss rund um die Möglichkeit der Wärmeversorgung ausserhalb des Fernwärmegebiets zu gewährleisten. So gibt es für Hauseigentümer und Hauseigentümerinnen verschiedene Informationsquellen und weitere Veranstaltungen zum Thema Wärmeversorgung und die Energieberatung des AUE wird aufgrund der grossen Nachfrage personell verstärkt.

6. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 13:0 Stimmen, die Petition «Fernwärme auch für Grossbasel-West» als erledigt zur erklären.

Im Namen der Petitionskommission

Heidi Mück
Kommissionspräsidentin